

VERHANDLUNGSSCHRIFT

aufgenommen bei der am Montag, den 29. November 2010 um 19 Uhr 30 im Gemeindeamt Baumgarten, Florianiplatz 10, stattgefundenen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Baumgarten.

Anwesend waren: Bürgermeister Kurt Fischer als Vorsitzender, sowie Vizebürgermeister Walter Lichtenberger, Gemeindevorständin Edeltraud Hombauer, die Gemeindevorstände Dr. Karl Kaus und Robert Mihalits, sowie die Gemeinderatsmitglieder, Friedrich Maron, Monika Pichler, Stefan Rath, Doris Rojatz, Martin Wlaschitz, Elvira Fischer, Irene Leeb, Karl Leeb und Mag. Friedrich Wildt. Weiters OAM Stefan Hausmann als Schriftführer

Entschuldigt: Judith Fischer.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über eine Geschäftsordnung für den Gemeinderat, Gemeindevorstand und die Ausschüsse
2. Abschluss eines Pachtvertrages mit der SJ Baumgarten bezüglich Badgelände
3. Verdachtsfläche – Altablagerungen auf den Grundstücken Nr. 875/1 und 876; Behandlungsauftrag gem. § 73 Abs. 4 AWG 2002; Auftragsvergabe
4. Dorfkernerhaltung
5. Windpark Baumgarten
6. Geplantes Schattendorfer Industriegebiet
7. Beachvolleyballplatz
8. Hangrutschung Trainingsplatz
9. Allfälliges

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung zur anberaumten Stunde und stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurden und die Gemeinderatsmitglieder in beschlussfähiger Anzahl anwesend sind. Die Gemeinderäte Elvira Fischer, ÖVP, und Martin Wlaschitz, SPÖ, werden vom Bürgermeister zu Beglaubigern bestimmt, mit der Abfassung der Niederschrift wird Amtmann Stefan Hausmann betraut.

Sodann stellt der Vorsitzende gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Frage, ob jemand gegen die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung Einwendungen erheben will, und nachdem keine Einwendungen erhoben werden, erklärt der Vorsitzende die Verhandlungsschrift vom 08. Juli 2010 als genehmigt.

Danach verkündet der Bürgermeister den Übergang zur Tagesordnung.

15/2010 Beschlussfassung über eine Geschäftsordnung für den Gemeinderat, Gemeindevorstand und die Ausschüsse

Der Vorsitzende erläutert, dass seitens des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes aufgrund aktueller Gesetzesänderungen Mustergeschäftsordnungen ausgearbeitet wurden, welche sich strikt an die verfassungsrechtliche vorgegebenen Regelungen halten. Nach Präsentation der Muster fassend sodann die Anwesenden einstimmig – ohne Gegenstimme -

Beschluss:

Gemäß § 46 der Bgld. Gemeindeordnung beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Baumgarten nachstehende Geschäftsordnungen für den Gemeinderat, den Gemeindevorstand und die Ausschüsse anhand der beiliegenden Unterlage des Sozialdemokratischen Sozialvertreterverbandes vom Oktober 2010, „Geschäftsordnung für den Gemeinderat, Gemeindevorstand, die Ausschüsse und Prüfungsausschuss“, Seite 1 – 24, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet.

16/2010 Abschluss eines Pachtvertrages mit der SJ Baumgarten bezüglich Badgelände

Der Bürgermeister berichtet, dass ein Entwurf für die Errichtung eines Miet/Pachtvertrages vorliegt, er aber mit den Vertretern der Jugend (SJ) gesprochen hat und die Beteiligten einvernehmlich überein gekommen sind, dass die Errichtung eines eigenen Vertrages nicht notwendig sei.

Zum einen habe die bisherige Praxis ausgezeichnet funktioniert, zum anderen hat die Gemeinde ohne Mietvertrag einen größeren Handlungsspielraum in Bezug auf die Nutzung des Badgeländes.

Besonders hebt der Vorsitzende aber hervor, dass er sehr stolz darauf ist, was die Baumgartner Jugend in Eigenregie und auf eigene Kosten bisher im alten Bad geleistet hat. Er verweist auf die seinerzeitige Asphaltierung des ehemaligen Schwimbeckens mit eigenem Spezialbelag für die Nutzung als Skaterbahn, auf die unlängst vorbildlich durchgeführte Sanierung des ehemaligen Kantinegebäudes als Jugendheim und auch auf den schon fast fertig gestellten Beachvolleyballplatz. Das alles sei nicht selbstverständlich und der Vorsitzende bedankt sich an dieser Stelle aufrichtig für das große Engagement der Jugendlichen aus Baumgarten. Von diesen Verbesserungen haben alle Jugendlichen in Baumgarten und auch die Gemeinde selbst profitiert, erläutert der Bürgermeister.

Er verliest sodann einen Vorschlag, wie seiner Meinung nach ein Beschluss des Gemeinderates über die künftige Vorgehensweise hinsichtlich Badgelände aussehen könnte, darin soll enthalten sein, wer was machen darf und dass etwa bei größeren Projekten der Bürgermeister plus Gemeindejugendreferent und Gemeinderat zu entscheiden haben.

Mag. Wildt fragt beim Vorsitzenden nach, ob ein solcher Beschluss nur die SJ betreffe oder für die gesamte Bevölkerung gelten soll. Das generelle Problem sei, dass der Gemeinderat bisher immer nur im Nachhinein von Umbauten udgl. erfahren habe. GV Lichtenberger meint dazu, dass die ÖVP-Fraktion u.a. deshalb einen eigenen Tagesordnungspunkt „Beachvolleyballplatz“ beantragt habe, weil er selbst nur durch seine Freizeitbeschäftigung (Joggen) vom Bau eines solchen Platzes Kenntnis erlangt habe.

Der Bürgermeister sagt, dass es in der Regel so ablaufe, dass Vertreter der Jugend auf ihn als Bürgermeister zukommen und ersuchen, gewisse Maßnahmen setzen zu dürfen.

Er habe auch in der Vergangenheit den Gemeinderat informiert. In anderen Gemeinden müsse die öffentliche Hand viel Geld investieren, damit für Jugendliche Betätigungsfelder geschaffen werden. Hier in Baumgarten sei alles in Eigenregie und eigene Kosten über die Bühne gegangen. Sämtliche Einrichtungen im Badgelände sind für alle Baumgartner und Baumgartnerinnen öffentlich zugänglich und nutzbar, vor allem natürlich für die Jugend selbst. Er sei sehr froh, so der Vorsitzende, dass in Baumgarten so aktive junge Leute am Werk seien und sich die Gemeinde selbst nicht um alles kümmern müsse. Er hätte nicht erwartet, dass jemand gegen die letzten Verbesserungen sein könne.

Mag. Wildt betont, dass Information ein ganz wichtiger Faktor sei. Es habe zuletzt drei bauliche Maßnahmen gegeben – Jugendheim unten im Keller, Jugendheim im alten Bad und Beachvolleyballplatz – wo der Gemeinderat vorher nicht informiert worden ist.

Mag. Wildt meint jedoch auch, dass seiner Meinung nach kein Vertrag besser sei als ein Mietvertrag, weil der Handlungsspielraum für die Gemeinde selbst größer bleibe.

GV Edeltraud Hombauer verweist darauf, dass die Errichtung eines Beachvolleyballplatzes im Leitbild sehr wohl vorgesehen ist und der Gemeinderat dies auch schon vorher gewusst hat.

Nach weiterer reger Debatte fassen sodann die Anwesenden über Antrag des Vorsitzenden einstimmig – ohne Gegenstimme - folgenden

Beschluss:

Die Gemeinde Baumgarten stellt das Badgelände (Grundstück Nr. 875/2 EZ 5 KG 30102 Baumgarten) mit der zum überwiegenden Teil durch die Baumgartner Jugend selbst geschaffenen sowie der vorhandenen und instandgesetzten Infrastruktur (neu saniertes Jugendheim, neu errichteter Beachvolleyballplatz, vorhandene WC-Anlagen und sonstige Baulichkeiten, ehemaliges und jetzt asphaltiertes Schwimmbassin etc.) der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Jugend von Baumgarten unentgeltlich zur Verfügung.

Die Zurverfügungstellung dient der Freizeitgestaltung. Größere Veranstaltungen wie Feiern, Partys etc. dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bürgermeisters durchgeführt werden. Die Reinigung und Säuberung hat durch die Benutzer/innen selbst zu erfolgen – Kautions für die Reinigung € 150,00.

Ein allfälliger Wunsch nach einem Ausbau der Infrastruktur (bauliche Veränderungen etc.) ist mit dem Bürgermeister und dem Gemeindejugendreferenten zu besprechen. Der Bürgermeister hat in angemessener Frist dieses Anliegen zur Beschlussfassung an den Gemeinderat weiterzuleiten.

Die betreffenden Personen sind bei ihrer Freizeitgestaltung darauf hinzuweisen, dass auf kirchliche Veranstaltungen im benachbarten Kloster Rücksicht zu nehmen ist.

Für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgt der Gemeindejugendreferent in Absprache mit der SJ-Baumgarten.

Den diesbezüglichen Anweisungen seitens der Gemeinde Baumgarten ist jedenfalls Folge zu leisten.

17/2010 Verdachtsfläche – Altablagerungen auf den Grundstücken Nr. 875/1 und 876; Behandlungsauftrag gem. § 73 Abs. 4 AWG 2002; Auftragsvergabe

Der Bürgermeister berichtet, dass es zu obigen Grundstücken (ehemalige Deponie hinter dem Bad) seitens des Amtes der Burgenländischen Landesregierung einen bescheidmäßigen Behandlungsauftrag gibt und dazu vier Angebote zur Erfüllung dieses Auftrages eingeholt worden sind. 3 Angebote sind auch eingelangt: Büro Pieler ZT GmbH, Eisenstadt: € 9.288 ; Ingenieurbüro Lang ZT-GmbH, Wiener Neustadt: € 31.152,00; Rusaplan, Gloggnitz: € 12.606,00)

Nach kurzer Debatte fassen sodann die Anwesenden über Antrag des Vorsitzenden einstimmig – ohne Gegenstimme – nachstehenden

Beschluss:

Das Büro PIELER ZT, 7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 35-37, wird laut Honorarangebot vom 10.08.2010 mit der Durchführung von Untersuchungen für die Ablagerungen auf dem Grundstücken Nr. 875/1 und 876 KG Baumgarten zu einem Preis von ca. € 9.288,00 beauftragt.

18/2010 Dorfkernerhaltung

Da es sich bei diesem Punkt um einen von der ÖVP-Fraktion beantragten Tagesordnungspunkt handelt, erteilt der Vorsitzende das Wort an den Vizebürgermeister. Dieser sagt, dass er u.a. gehört habe, dass die Oberwarther Siedlungsgenossenschaft überlebt habe, die Baraka bzw. Teile davon anzukaufen um dort Wohnungen zu errichten. Der Wunsch der ÖVP sei, dass Startwohnungen und Wohnungen im Ortskern errichtet werden sollen, damit dieser Kern erhalten bleibt. Dafür solle die Gemeinde selbst ev. auch Geld in die Hand nehmen. Die Folgekosten, die durch Bauten außerhalb des Ortskerns verursacht werden, sollten nicht unterschätzt werden, die Leute werden immer älter und bald werden viele Häuser in Baumgarten leer stehen. Der Gemeinderat sollte sich über dieses Problem Gedanken machen, bisher sei in dieser Hinsicht noch gar nichts geschehen. Es stehen seines Wissens nach auch immer wieder Häuser zu Verkauf.

Der Bürgermeister sagt dazu, dass er seit März ein großes Grundstück für Startwohnungen suche. Er habe sich selbstverständlich auch schon Gedanken über Seniorenwohnungen oder ähnliches im Bereich Bank/Kaufhaus/Apotheke, also quasi mitten im Ort, gemacht. Für die Errichtung von Wohnungen selbst ist aber ein Bauplatz alleine zu klein und die Preise im Ortskern für diverse Objekte auch noch zu hoch.

Vizebürgermeister Lichtenberger meint, dass er selbst auch keine Lösung parat habe und Mag. Wildt kann sich vorstellen, dass die Gemeinde Baumgarten für die Erhaltung des Ortskernes finanziell mithilft.

Dazu sagt der Bürgermeister, dass er sich nicht vorstellen kann, dass die Gemeinde Baumgarten selbst beim Grundankauf mitzahlen wird, dies findet er überhaupt nicht vernünftig.

Mag. Wildt erwidert, dass beispielsweise beim Ausbau des Gemeindeamtes mit Dachausbau usw. nicht so aufs Geld geschaut worden ist und trotzdem ein Ausbau erfolgte.

Der Bürgermeister antwortet dazu, dass er in diesem Fall nie für die Errichtung von Wohnungen im Gemeindezentrum war.

Wenn wir eine Zersiedelung zulassen, dann kommen zwangsläufig weitere Kosten auf die Gemeinde zu, meint nochmals Mag. Wildt.

Der Vorsitzende sagt dazu, dass sich u.a. auch unser Zukunftsteam mit der Problematik auseinandersetzt.

Vizebürgermeister Lichtenberger erklärt, dass seinerzeit auch beim Ankauf des Grundstückes für das Feuerwehrhaus ein überhöhter Kaufpreis bezahlt worden ist.

Der Bürgermeister berichtet aus eigener Erfahrung, dass der Preis innerhalb von zwei bis drei Wochen nach oben gehe, wenn er potentielle Kandidaten über ein Interesse über den Ankauf zwecks Wohnungerrichtung informiere. Bei anderen wiederum sei es so, dass diese momentan kein Interesse am Geld hätten, sondern lieber ihre Grundstücke behalten wollen. Es gibt aber weiterhin noch einige Personen, welche er demnächst kontaktieren wolle, berichtet er weiter.

Vizebürgermeister Lichtenberger macht den Vorschlag, dass die Gemeinde etwa in der Gemeindeformation darauf hinweisen möge, dass grundsätzlich ein Interesse am Ankauf freier Liegenschaften im Ort bestehe.

Dieser Vorschlag wird allgemein positiv bewertet und nach weiterer Debatte über zukünftige Möglichkeiten gehen die Anwesenden zum nächsten Tagesordnungspunkt weiter.

19/2010 Windpark Baumgarten

Da auch dieser Tagesordnungspunkt von der ÖVP-Fraktion eingebracht worden ist erteilt der Vorsitzende wiederum das Wort an den Vizebürgermeister. Dieser erklärt, dass seine Fraktion eigentlich nur über den aktuellen Stand der Dinge aufgeklärt werden will.

Der Vorsitzende antwortet, dass das Projekt quasi im Zeitplan liege. Die einzelnen behördlichen Bewilligungen liegen vor (Bau-, Natur-, Luftfahrtbewilligung) bzw. sind gerade in der letzten Bewilligungsphase (Elektrizitätswesengesetz), sodass hoffentlich noch heuer um den Betrieb einer Ökostromanlage eingereicht werden kann.

20/2010 Geplantes Schattendorfer Industriegebiet

Wiederum erteilt der Vorsitzende das Wort an den Vizebürgermeister, weil auch dieser Tagesordnungspunkt von der ÖVP-Fraktion verlangt wurde.

Der Vizebürgermeister berichtet, dass die Gemeinde Schattendorf gerade dabei ist, mit Privatpersonen in Kontakt zu treten, um geeignete Grundstücke im Nahbereich des bestehenden Bahnhofes anzukaufen. Dabei stellen sich einige wichtige Fragen, wie etwa ob etwa schon konkrete Projekte/Betriebe vor der Tür stehen und ebenso wichtig sei die Frage der Verkehrsanbindung des geplanten Industriegebietes.

Der Bürgermeister meint dazu, dass er mit dem Kollegen aus Schattendorf eigentlich ständig in Kontakt sei und seines Wissens nach keine konkreten Pläne vorliegen. Die Frage des Verkehrsaufkommens sei natürlich sehr wichtig, allerdings bestehen hier nur bedingt Möglichkeiten der Einflussnahme.

Vizebürgermeister Lichtenberger weist darauf hin, dass in Baumgarten seit ca. 15 Jahren auf diesem Gebiet nichts passiert sei.

Der Bürgermeister sagt daraufhin, dass diverse Projekte bereits in der Anfangsphase nach Bürgerprotesten wieder verworfen worden sind. Zudem verweist er darauf, dass die zuständigen Stellen im Burgenland über das Vorhandensein von Möglichkeiten der Betriebsansiedlung in Bahnhofsnähe Baumgarten informiert sind und ganz selten auch Anfragen aus diesem Bereich kommen.

Nach weiterer Debatte meint GV Edeltraud Hombauer, dass immer wieder das Verkehrsaufkommen von der Bevölkerung als Gegenargument für eine Ansiedlung ins

Treffen geführt wird und daher nicht viel weitergegangen ist. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen wird zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen.

21/2010 Beachvolleyballplatz

Da dieser Tagesordnungspunkt von der ÖVP-Fraktion beantragt worden ist erklärt der Vizebürgermeister, dass sich die Sache unter Hinweis auf das unter Tagesordnungspunkt 2 (16/2010) erübrigt hat.

22/2010 Hangrutschung Trainingsplatz

Der Tagesordnungspunkt wurde seitens der ÖVP-Fraktion beantragt und daher erteilt der Vorsitzende wiederum das Wort an den Vizebürgermeister.

Dieser verweist auf den schriftlichen Antrag auf Abhaltung der Gemeinderatssitzung und hier vor allem auf die Frage, ob derzeit Gefahr in Verzug sei, vor allem die Frage, ob die Raaberbahn in Mitleidenschaft gezogen werden könnte sei hier sehr wichtig und seine Fraktion gerne noch weitere Informationen bekommen will.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass derzeit ein Gerichtsverfahren laufe, weil der Sportverein als Pächter des Geländes den zuständigen Geotechniker auf Schadenersatz geklagt habe. Er verweist darauf, dass der Vizebürgermeister ohnehin informiert wird und bei der gemeinsamen Begehung zwischen Bezirkshauptmannschaft, Land Burgenland, Raaberbahn und Sportverein kurzzeitig sogar selbst anwesend war.

Der Vizebürgermeister und Mag. Wildt wollen wissen, welche Maßnahmen konkret geplant sind und wer diese letztendlich zu verantworten hat bzw. ob am Ende die Gemeinde auf den Kosten sitzen bleibt.

Der Bürgermeister meint dazu, dass zunächst einmal mit Experten und in Absprache zwischen Raaberbahn, BH, weiteren Sachverständigen, Sportverein und Gemeinde Sicherungsmaßnahmen durchgeführt und geplant werden und in weiterer Folge ein Konzept erstellt werden soll, sodass der Hang zukünftig hält. Die Gemeinde sei in alle Schritte involviert und werde dem Sportverein, so wie anderen Vereinen in der Gemeinde auch, im Rahmen ihrer Möglichkeiten behilflich sein.

Auf den Vorwurf, dass aus finanziellen Gründen vieles in Eigenregie bewerkstelligt worden ist entgegnet der Vorsitzende, dass es etliche konkrete Sachverständigengutachten und behördliche Bewilligungen gibt, die Grundlage für die diversen Maßnahmen waren.

Konkreter könne man aus heutiger Sicht nicht werden, da zum Einen das Gerichtsverfahren und zum Anderen die Ausarbeitung verschiedener Sanierungskonzepte abgewartet werden muss, so der Vorsitzende abschließend.

23/2010 Allfälliges

- Der Bürgermeister berichtet, dass sich die Gemeindepritsche derzeit in einem eher desolaten Zustand (Karosserie) befindet und derzeit noch eine Werkstatt gesucht

wird, die zu einem vernünftigen Preis das Auto so Instand setzt, dass wenigstens noch das sogenannte Pickerl erteilt werden kann. Falls die Kosten für eine Reparatur zu hoch sind sei ev. ein Ankauf eines neuen Wagens zu überlegen.

- Der Bürgermeister informiert die Kollegen darüber, dass auch wieder auf Initiative der Gesangsdamen eine Adventfensteraktion für einen karitativen Zweck durchgeführt wird. Start am 1. Dezember ist am Gemeindeamt, alle Anwesenden sind natürlich zum Kommen eingeladen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, stellt der Vorsitzende fest, dass die Tagesordnung erschöpft ist. Er dankt den Anwesenden für die Sitzungsteilnahme und schließt um 21 Uhr 30 die Sitzung.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Die Beglaubiger: